

ESSAY

Neoliberaler Mythos

Tony Blairs Wirtschaftspolitik setzt auf Staat, nicht auf Markt. Vollbeschäftigung wird vorgetäuscht. Nur auf dem Kontinent glaubt man an eine ungebrochene Erfolgsgeschichte

Von Oliver Marc Hartwich

Zu Großbritannien fallen Kontinentaleuropäern eine Reihe von Eigenschaften und Anekdoten ein, mit denen sie die Insel im Nordatlantik hinreichend charakterisieren zu können glauben. Wäre es um das Land tatsächlich so bestellt, wie sie glauben, so ernährte man sich nördlich des Ärmelkanals fast ausschließlich von Fish and Chips und führe in roten Doppeldeckerbussen durch den Londoner Nebel. Doch wie so oft enthalten solche Vorurteile bestenfalls einen wahren Kern. In Wirklichkeit hat das pseudoindische Chicken Tikka den frittierten Fisch als englisches Nationalgericht abgelöst, die letzten der beliebten, wenn auch etwas in die Jahre gekommenen Doppeldeckerbusse werden gerade aus dem Verkehr gezogen, und das Hauptstadttwetter ist zwar noch nicht unbedingt mediterran, aber doch nur sehr selten neblig.

„Das Wirtschaftswachstum ist von privater und öffentlicher Verschuldung getragen“

Zu den üblichen Stereotypen hat sich in den letzten Jahren eine weitere Vorstellung zugesellt. Großbritannien, so glaubt man auf dem Kontinent, sei mit seiner angeblich neoliberalen Wirtschaftsordnung der Gegenpol zum kontinentaleuropäischen Sozialstaatsmodell. Premierminister Tony Blair ist in dieser Sichtweise der legitime Erbe der radikalliberalen Margaret Thatcher, der sein Land zu einem Außenposten „amerikanischer Verhältnisse“ in Europa gemacht habe. Kurzum: Großbritannien sei eine Insel des Kapitalismus in der EU.

Dabei handelt es sich erstaunlicherweise um ein Vorurteil, das sowohl von Linken als auch von Liberalen geteilt und gepflegt wird. Den Linken gilt der angelsächsische Kapitalismus als Schreckgespenst. Den Liberalen wiederum erscheint Großbritannien als marktwirtschaftlicher Leuchtturm der Prosperität in einem tiefstet staatsgläubigen und stagnierenden Europas.

Doch Linke und Liberale sind in diesem Fall im Irrtum vereint. Bei genauerer Betrachtung wird man feststellen, daß das kapitalistische Großbritannien ein dem Londoner Nebel vergleichbares Phänomen ist. Die neoliberale Oase des Kapitalismus ist in Wirklichkeit eine Fata Morgana Kontinentaleuropas.

Zu den positiven Mythen über die britische Wirtschaft, die sich etabliert haben, gehört die Vor-

stellung eines von Vollbeschäftigung gekennzeichneten Arbeitsmarktes. Die offizielle Arbeitslosenquote von derzeit 5,2 Prozent mag dem leidgedrängten deutschen Beobachter beneidenswert niedrig erscheinen. Doch wie schon Disraeli sagte, gibt es „Lügen, verdammte Lügen und Statistik“. Angewandt auf den britischen Arbeitsmarkt bedeutet dies, daß die Arbeitslosenquote nur einen Ausschnitt der Verhältnisse abbildet. Nimmt man etwa die Zahl der wirtschaftlich inaktiven Personen arbeitsfähigen Alters, so beträgt deren Zahl knapp acht Millionen. Unter Blair hat sich diese Zahl erhöht, obwohl die Wirtschaft gewachsen ist. Ein Faktor, der diesen Anstieg zum Teil erklärt, ist die Frühverrentung mittels sogenannter Arbeitsunfähigkeitsrenten. Mittlerweile beziehen etwa 2,6 Millionen Menschen solche „incapacity benefits“. Dabei schätzen selbst Minister, daß bis zu zwei Drittel der so Versorgten eigentlich in der Lage wären zu arbeiten. Würde man diese Personen konsequenterweise zu den Arbeitslosen zählen, so erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf deutlich über zehn Prozent. Berücksichtigt man zudem, daß unter New Labour weit über 600 000 Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen wurden, dann stellt sich die Entwicklung des Arbeitsmarktes weit weniger positiv dar, als es die niedrige Arbeitslosenquote zunächst suggeriert. Eine derartige Arbeitsmarktpolitik entspricht jedoch nicht den Vorstellungen neoliberaler Ökonomen.

Auch die Lage der öffentlichen Finanzen ist kaum erfreulicher. Konnte sich die Regierung Blair in den ersten Jahren noch über Haushaltsüberschüsse freuen, so hat sich das Bild in jüngster Zeit gewandelt. Noch im Jahr 2000 verbuchte Schatzkanzler Brown einen Überschuß in Höhe von 3,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Fünf Jahre später ist daraus ein Defizit in fast derselben Höhe geworden. In Großbritannien wurde allerdings keine antizyklische Wirtschaftspolitik betrieben, sondern der Staat dehnte seine Aktivität schlichtweg weiter aus. Die britische Staatsquote wird laut OECD in wenigen Jahren bereits über der deutschen liegen.

Auch die Regulierungstätigkeit nahm unter Blairs Regierung spürbar zu. Die britischen Handelskammern etwa haben kürzlich ein Gutachten vorgestellt, in dem geschätzt wurde, daß diverse Vorschriften etwa im Bereich des Umwelt- und Verbraucherschutzes die britische Wirtschaft jährlich mit zehn Milliarden Pfund (14,5 Milliarden Euro) belasten. Allein die seit 1998 eingeführten Regulierungen haben bis heute Ko-



Der Schwung der ersten Jahre ist vorbei. Und ein Thatcherist war Tony Blair nie

FOTO: AFP/MCHUGH

sten von etwa 50 Milliarden Pfund (72,6 Milliarden Euro) verursacht. Hinzu gesellen sich immer mehr sogenannte Quangos (Quasi-autonome nichtregierungsamtliche Einrichtungen). Dabei handelt es sich um halbautonome Behörden, die jedoch steuer- beziehungsweise abgabenfinanziert sind, darunter solche Merkwürdigkeiten wie ein britischer Kartoffelrat. Über 100 solcher Quangos sind unter New Labour eingerichtet worden. Doch damit nicht genug: Gesetzgebung und Wirtschaftspolitik der Blair-Regierung sind von Aktionismus und Interventionismus geprägt. In Whitehall herrscht der Glaube an die Möglichkeit von Prozeßpolitik; ordnungspolitische Prinzipien sind kaum zu erkennen. Stetigkeit und Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik, eine Kernforderung liberaler Ökonomen, werden auf diese Weise nicht gewährleistet.

Nun ließe sich gegen all diese Kritikpunkte einwenden, daß Großbritannien immerhin noch ein vergleichsweise starkes Wirtschaftswachstum vorweisen konnte. Doch selbst hier muß Wasser in

den Wein gegossen werden. Zum einen ist festzuhalten, daß Großbritannien in den ersten Jahren der Labour-Regierung höhere Wachstumsraten verzeichnete als in jüngster Vergangenheit. Mit anderen Worten: Die britische Wirtschaftsentwicklung hat deutlich an Schwung verloren. Zum anderen ist das Wirtschaftswachstum zu einem guten Teil von privater und öffentlicher Verschuldung getragen. Die private Verschuldung stützt sich dabei vor allem auf eine stark inflationäre Hauspreisentwicklung, welche selbst wiederum vor allem auf künstliche Angebotsrestriktionen im Immobilienmarkt zurückzuführen ist, wie die OECD seit längerem in ihren Gutachten moniert. Die schuldenfinanzierte expansive Fiskalpolitik unter Schatzkanzler Brown trägt ihrerseits kurzfristig zum Wirtschaftswachstum bei. Ob aber sowohl die private als auch die öffentliche Verschuldung in ihrem gegenwärtigen Ausmaß langfristig aufrechterhalten werden können, ist fraglich.

So bleibt bei genauerer Betrachtung der britischen Volkswirtschaft kaum der Eindruck, es handele sich um eine prosperierende, deregulierte und fundamental gesunde Volkswirtschaft. Ganz im Gegenteil scheint es so, als habe die Regierung Blair mit der Ausweitung der Staatstätigkeit und einer stetig zunehmenden Regulierungsdichte das postthatcheristische Großbritannien wirtschaftspolitisch näher an Kontinentaleuropa herangeführt. Um so erstaunlicher ist es daher, daß dieser Umstand ausgerechnet dort noch nicht bemerkt wurde.

Das Vorurteil von neoliberalen, kapitalistischen Großbritannien ist nichts anderes als eine weitere unzutreffende Klischeevorstellung, vergleichbar mit Fish and Chips, roten Doppeldeckerbussen oder dem Londoner Nebel.

Der Autor leitet die wirtschaftspolitische Forschung des Londoner Think Tanks Policy Exchange

www.policyexchange.org.uk

LESERBRIEFE

Israel reagiert unverhältnismäßig

Zu: „Nahost-Krise überschattet G-8-Gipfel“ und zum Kommentar „Israel in Not“; WELT vom 14. und 17. Juli

Kein vernünftig denkender Mensch wird Israel das Existenzrecht wie das Recht zur Selbstverteidigung absprechen. Dennoch darf gefragt werden, ob Israels Politik dieses Recht auch in angemessener Weise wahrnimmt. Wenn US-Präsident Bush und die Bundeskanzlerin im Zusammenhang mit der massiven Bombardierung des Libanon unisono das Lied vom Recht Israels auf Verteidigung anstimmen und Angela Merkel noch hinzufügt, man dürfe Ursache und Wirkung nicht verwechseln, so ist das der Ausdruck politisch motivierter Ignoranz. Die Franzosen haben offenkundig mehr Mut zur Wahrheit: Das exzessive militärische Vorgehen Israels im Libanon ist ein unverhältnismäßiger Kriegsakts.

Otto Schmidt, 22609 Hamburg

So recht verstanden hat die Kommentatorin die militärischen Angriffe Israels auf den Libanon leider nicht. Dieses Vorgehen ist kein „Akt der Selbstverteidigung“, sondern ein Krieg gegen einen souveränen Staat und seinen Träger, das libanesische Volk. Genauso wie das israelische Volk das libanesische Volk den Anspruch und das natürliche Recht, in Frieden und Freiheit zu leben. „Abschreckung durch Frontalangriff“ kann mit solch kriegerischen Mitteln eben nicht dazu führen, im Gegenteil: Der gegenseitige Haß wird durch die jetzt von Israel stark angetriebene Spirale der Gewalt weiter vergrößert. Wie es scheint, wird Israel (wie seine arabischen Nachbarstaaten) wohl nie einsehen, daß das längst überholte und mit diesen Kriegshandlungen unverhältnismäßig überzogene Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ keine Lösung, sondern nur eine Verschärfung sein kann. Die Eskalation ist in vollem Gange. Hoffen und beten wir, daß der Nahost-Konflikt nicht zu einem Nahost-Krieg wird!

Felix Amrhein, 60325 Frankfurt/Main

Auf dem Gipfel der Verkommenheit

Zu: „VW-Affäre: 2500 Euro pro Dame“; WELT vom 15. Juli

Es ist haarsträubend, wie der VW-Vorstand die eigenen Fehler und Korruptionen zu vertuschen versucht. Daß der Betriebsrat mitgemacht hat, ist klar: Betriebsräte kassieren Gehalt, müssen nicht arbeiten, haben Einfluß und Macht, sind „zahnlose Tiger“, und die Mitarbeiter werden regelrecht über den Tisch gezogen. Bei VW wurden sie dafür auch noch mit Vergütung auf Firmenkosten belohnt. Wer sollte das ablehnen? Peter Hartz hat „nur“ auf Anweisung gehandelt, Rechnungen genehmigt, dem Management unter die Hand gearbeitet, und deshalb sollte er verschont bleiben. Auch jetzt wird er glimpflich davonkommen, denn sonst könnte er auspacken, und das wäre sicherlich fatal. Der Aufsichtsrat hat zugestimmt, daß die Verluste von der Versicherung bezahlt werden sollen. Doch was heißt: „Ein vorsätzliches Handeln ist juristisch schlecht nachweisbar.“ Wenn Rechnungen über Millionen abgezeichnet werden, bedarf es in jeder Firma einer Prüfung. Seit wann hat ein Personalvorstand eine Kostenstelle für „Sonstiges“, ohne daß diese kontrolliert wird und er Rechenschaft ablegen muß?

Elisabeth Pollak, 66740 Saarlouis

Was für eine Verkommenheit: Versicherung bezahlt Bordellbesuche für Spitzenmanager! Dazu passen

Verlagsgruppe DIE WELT / WELT KOMPAKT

Verlagsgeschäftsführer: Josef Probst (Vorstandsvorsitz), Ulrich Lingun, Peter Württemberg
Redaktionskoordinatoren: Hendrik Koehler, Torsten Kroop
General Manager: Dr. Ulrike Handel • Vertrieb: Inge Kabel • Objektiv-Marketing: Knut Geisler
Anzeigenleitung: Michael Wittke • Anzeigenleitung nationaler Handel: Peter Müller
Redaktion Sonderthemen DIE WELT, WELT am SONNTAG, Berliner Morgenpost:
Astrid Gmeinski-Walter

Die WELT wird als Zeitung und digital vertrieben und ist im Internet recherchierbar. Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln der elektronischen Pressespiegel erhalten Sie über die Presse-Monitor Deutschland GmbH & Co. KG, Tel.: 030 / 28 49 30 oder www.presse-monitor.de. Verlag und Druck: Axel Springer AG, 10888 Berlin, Axel-Springer-Straße 65. Tel.: 030 / 259 10, 20350 Hamburg, Axel-Springer-Platz 1 • Tel.: 040 / 347 00.
Abonnementspreis in Deutschland monatlich 29,50 Euro; Versandzusatzkosten im Ausland: Europa 14,50 Euro; weltweit 7,75 Euro. ISSN 0173-8437. DIE WELT (USPS No. 0603-590) is published Daily except Sundays and Holidays by Axel Springer AG. Subscription price for the USA is \$ 520 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 South Dean Street, Englewood NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood NJ 07631 and additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GLP, IPO Box 9868, Englewood NJ 07631. Anzeigenpreisliste Nr. 84, gültig ab 1. 1. 2006. e-Mail: anzeigen@welt.de. Internet: http://www.welt.de. Fax: 040/34724521. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandenes Material keine Gewähr. Fax Redaktion: 030/25917606.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes

Seite 1: Klaus Jürgen Fritzsche Deutschland; Dietrich Menkens Ausland; Dietrich Alexander Forum; Andrea Seibel Magazin; Jan Draeger Wirtschaft/Finanzen; Thomas Exner Sport; Michael Witt Failliten/Kunstmarkt; Eckhard Fuhr Medien; Eckhard Fuhr Wissenschaft; Sonja Kastlian Immobilien; Manfred Waldmann Aus aller Welt; Dr. Claudia Becker Berlin/Brandenburg/Berlin Termine/Berliner Leben; Andreas Abel Hamburg; Matthias Iken Anzeigen; Ulrich Witt

POSCHARDT Kontaktaufnahme in der Opposition

Im bürgerlichen Bioladen

Die vergangene Woche war eine gute Woche für den Liberalismus. In Umfragen hat sich die FDP mit 14 Prozent auf ein neues Rekordhoch geschraubt. Auf der Homepage der Liberalen feiert der Bundesgeschäftsführer den Erfolg „der Westerwelle-FDP“. Dabei muß man diesen Erfolg bei vielen potentiellen Wechselwählern wohl als trotz und nicht wegen Westerwelle verbuchen. Die Anhänger der FDP identifizieren in ihr die einzig nichtsozialdemokratische Partei mit einem ordnungspolitisch modernen und gesellschaftspolitisch mutigen Kurs: In einem Land der Staatseligen und Gleichheitsfanatiker wagt die FDP eine vergleichsweise fundamentale Opposition.

Trotz mangelnder intellektueller Statur und einem etwas dünnen Personalatbleau ist diese Message gut angekommen. Zudem fußt der Erfolg der FDP auf dem Mißerfolg

der Union, die in der großen Koalition ihr liberales Fundament verliert. Diese Erosion, bis hin zu Parteiübertritten in die FDP, muß die Parteichefin alarmieren. Ihr Projekt einer liberalen (und eben nicht sozialdemokratischen) Volkspartei steht zur Disposition. „Die Union“, analysiert Westerwelle in der „FAS“, „meint, sie hätte mit Marktwirtschaft die Wahl verloren. Nun steht sie ohne Marktwirtschaft noch viel schlechter da.“ Ohne ihren wirtschaftsnahen Flügel verliert die Partei Ludwig Erhards auf fast tragische Weise ihre marktwirtschaftliche Orientierung – und ihre Zukunft als Partei des Fortschritts. Sie vergibt dabei eine historische Chance, waren sich das junge, auch urbane Bürgertum und die Union im letzten Jahr so nah wie noch nie.

Synchron zum Elend der Union formiert sich abseits der Volksparteien ein liberaler Block, zu dem sich neben der FDP endlich

auch die Grünen hinzugesellen. Gemeinsam erreichen sie bei Umfragen die Größenordnung der SPD. Mit der ihm eigenen Gran-

„Die Grünen bereichern die ordnungspolitische Vernunft der FDP“



dezza hatte Joschka Fischer zum Abschied seinen Nachfolgern ins Stammbuch notiert, auf die FDP zuzugehen und gleichzeitig Bündnisse mit der Union vorzubereiten. Fischer selbst lebte dies vor: Nicht nur, daß er in das Herzland der Union zog (in den Berliner Grunewald), sondern auch durch ein demonstratives Treffen mit Innenminister Schäuble. Dieses Treffen, aber auch Fischers lebensweltliche

Verschiebungen, verdeutlichen, daß die Berliner Republik endlich als eine Aufforderung zum Ablegen alter Feindbilder aus der Bonner Zeit funktioniert. So aktualisiert Fischer zum Abschied seine Rolle als treibende Kraft realpolitischer Vernunft: sichtlich gelöst als künftiger Princeton-Professor und Villenbesitzer mit einer eleganten, weltläufigen Frau an seiner Seite.

Fischers Vergangenheit als Anarchist und Libertär markiert dabei eine gute Fluchtlinie zum Liberalismus, dessen Staatskepsis er mit Autonomem teilt. Die Wählerschaft der Grünen ist längst im liberalen Bürgertum zu Hause: In den eher exklusiven Bioläden mischt sich die liberal-grüne Klientel, ebenso dort, wo Luxus und High-Tech als ökologisch nachhaltig verstanden und konsumiert werden. Die Grünen könnten die ordnungspolitische Vernunft der FDP bereichern und so

Deutschland zum Vorzeigeland für ökologische Forschung und wegweisende Energiekonzepte machen. Und für einen umweltverträglichen Kapitalismus, der sich auf die Globalisierung freut, weil seine Konzepte innovativ und ethisch marktauglich sind.

Der offiziell verkündete Burgfriede zwischen Grünen und der FDP gibt dem Liberalismus in Deutschland die Chance auf eine neue Statur. Zudem erhöht es den Druck auf die beiden Volksparteien, die nicht mehr zwangsläufig aneinandergelockt sind. Da die SPD nach Schröder zurück in den staatssozialistischen Trott gefallen ist, dürfte die neue Option in der Mitte vor allem für die CDU interessant sein. Sie sollte sich schnell zum Fremdgehen verführen lassen. Kurt Becks SPD ist keine gute Partie.

Ulrich Poschardt

forum@welt.de